

Nr. 18/368

**Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
Änderung der Artikel 79 und 123 der Bremischen Landesverfassung**

Antrag des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125
der Bremischen Landesverfassung
vom 25. Juni 2012
(Drucksache 18/468)
3. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Nr. 18/369

Einführung einer Volksabstimmung bei Verfassungsänderungen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/443)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 18/370

Gesetz zur Erleichterung von Volksentscheiden und Volksbegehren

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juli 2012
(Neufassung der Drucksache 18/445 vom 5. Juni 2012)
(Drucksache 18/516)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/371

**Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und des
Gesetzes über das Verfahren beim Bürgerantrag – Bürgerantrag erleichtern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. Juni 2012
(Drucksache 18/476)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/372

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Keine Privatisierung ohne Volksentscheid

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/506)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/373

Volksentscheid auf nationaler Ebene einführen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/507)

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die ausdrückliche Aufnahme von Volksentscheiden ins Grundgesetz einzusetzen.

Nr. 18/374

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/444)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung.

Nr. 18/375

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Schuldenbremse einführen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/523)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/376

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung:

| Mitglieder | Stellvertreterinnen/Stellvertreter |
|------------------------|------------------------------------|
| Liess, Max (SPD) | Aytas, Ruken (SPD) |
| Tschöpe, Björn (SPD) | Rosenkötter, Ingelore (SPD) |
| Weber, Christian (SPD) | Weigelt, Helmut (SPD) |

| Mitglieder | Stellvertreterinnen/Stellvertreter |
|--|--|
| Hoppe, Marie (Bündnis 90/Die Grünen) | Dr. Güldner, Matthias (Bündnis 90/Die Grünen) |
| Dr. Kuhn, Hermann (Bündnis 90/Die Grünen) | Willmann, Frank (Bündnis 90/Die Grünen) |
| Häsler, Luisa-Katharina (CDU) | Neumeyer, Silvia (CDU) |
| Röwekamp, Thomas (CDU) | Ravens, Bernd (CDU) |
| Vogt, Kristina (DIE LINKE) | Erlanson, Peter (DIE LINKE) |

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Gesetzesanträge

- Gesetz zur Erleichterung von Volksentscheiden und Volksbegehren – Drs. 18/516 (Neufassung der Drs. 18/445),
- Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und des Gesetzes über das Verfahren beim Bürgerantrag – Drs. 18/476,
- Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Keine Privatisierung ohne Volksentscheid – Drs. 18/506,
- Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Drs. 18/444,
- Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Schuldenbremse einführen – Drs. 18/523,

zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung.

Nr. 18/377

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landeswahlordnung – Schutz von Wahlheimnis und Wahlfreiheit

Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 30. April 2012
Drucksache 18/386
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 18/378

Gesetz zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes und zur Aufhebung der Verordnung über die Regelsätze in der Sozialhilfe

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2012
(Drucksache 18/455)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 18/379

Gesetz zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes und zur Aufhebung der Verordnung über die Regelsätze in der Sozialhilfe

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Juli 2012
(Drucksache 18/524)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/380

Bildungsföderalismus weiterentwickeln

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Februar 2012
(Drucksache 18/222)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/381

Zweifel an der Durchsetzung des Tierschutzgesetzes in Bremen ausräumen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/466)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, ob in dem berichteten Fall sowie in der jüngeren Vergangenheit die Anforderungen des deutschen Tierschutzrechts konsequent und im Sinne der bremischen Landesverfassung in Bremen umgesetzt wurden und hierzu
2. einen runden Tisch zum Thema Durchsetzung des Tierschutzgesetzes mit den fachlich zuständigen Senatsressorts, dem Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen (LMTVet), Vertreterinnen und Vertretern der im Bremer Tierschutzbeirat vertretenen Fraktionen sowie bremischer nicht staatlicher Tierschutzorganisationen einzurichten, der
 - a) über die Voraussetzungen zur Herausnahme oder des Verbleibs von Tieren in Haushalten von Privatpersonen eine Verständigung herbeiführt,
 - b) gegebenenfalls gemeinsam ein Verfahren entwickelt, um bei Tiernotrufmeldungen die Dokumentation des Verfahrens und die Beteiligung weiterer Stellen zu gewährleisten und
 - c) unter Berücksichtigung des Datenschutzes ein Verfahren zu entwickeln, wie entsprechende Nichtregierungsorganisationen, die eine Meldung an die zuständigen Stellen machen, über den Fortgang des Verfahrens unterrichtet werden können.
3. der staatlichen Deputation für Gesundheit bis spätestens Ende 2012 hierüber zu berichten.

Nr. 18/382

Bildungsföderalismus weiterentwickeln

Bericht und Antrag des Ausschusses für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 26. Juni 2012
(Drucksache 18/469)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in den Beratungen des Bundesrates über die künftige Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungs- und Wissenschaftsbereich die folgenden Grundpositionen zu vertreten:

1. Das Grundgesetz soll so geändert werden, dass eine im Hinblick auf die jeweilige Verantwortlichkeit transparente Zusammenarbeit sowie eine neue Kooperationskultur von Bund und Ländern im Bildungs- und Wissenschaftsbereich ermöglicht wird. Insoweit soll das seit 2006 geltende Kooperationsverbot im Bildungs- und Wissenschaftsbereich bei Wahrung der Zuständigkeiten der Länder gelockert werden.
2. Eine Änderung des Artikels 91 b Absatz 2 GG soll die Grundlage dafür legen, dass Bund und Länder zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens und zur Förderung der Wissenschaft (in Forschung und Lehre) für gemeinsame Ziele auf der Basis von Vereinbarungen zusammenarbeiten können.

3. Die Hinzufügung eines neuen Artikels 104 c soll Finanzhilfen ermöglichen, die über kurzzeitige reine Investitionen hinausgehen können, sodass der Bund den Ländern auf der Basis von Vereinbarungen Finanzhilfen zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens sowie der Wissenschaft gewähren kann.

4. Die Änderung des Grundgesetzes könnte insofern so lauten:

Artikel 91 b Absatz 2 geändert:

„(2) Bund und Länder können zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens und zur Förderung der Wissenschaft auf der Basis von Vereinbarungen zusammenarbeiten.“

Einfügung eines neuen Artikel 104 c:

„Der Bund kann den Ländern auf der Basis von Vereinbarungen befristete oder dauerhafte Finanzhilfen zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens und der Wissenschaft gewähren.“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis.

Nr. 18/383

Bericht des Senats zum Sachstand der Verhandlungen zur Umsetzung des Fiskalpakts

Mitteilung des Senats vom 26. Juni 2012
(Drucksache 18/471)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/384

Fiskalpakt: Fundamentale Einschränkungen der politischen Handlungsfähigkeit für eine Handvoll Euro

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Juli 2012
(Drucksache 18/496)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/385

Fairen Interessenausgleich zwischen Kulturschaffenden, Musikveranstaltern und Vereinen bei der Vergütung musikalischer Aufführungsrechte sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Juli 2012
(Drucksache 18/484)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/386

Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2012
(Drucksache 18/422)
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 10. Juli 2012

(Drucksache 18/521)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/387

Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

vom 4. Juli 2012

(Drucksache 18/498)

Die Bürgerschaft (Landtag) schließt sich den Anmerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit an.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/388

Filmförderung im Land Bremen weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU

vom 10. Juli 2012

(Drucksache 18/522)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. darzulegen, wie die Förderungen im Bereich des kulturellen Films und audiovisueller Produktionen im Land Bremen – auch im Hinblick auf die Wachstumsstrategie zur Stärkung der Kreativwirtschaft – weiterentwickelt werden können und wie Impulse für die lokale, nationale und internationale Vernetzung und Zusammenarbeit Bremer Filmschaffender sichergestellt werden,
2. der Deputation für Kultur und dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit binnen sechs Monaten Bericht zu erstatten.

Nr. 18/389

Hände weg vom Schengen-Abkommen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 10. Juli 2012

(Drucksache 18/514)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die ungehinderte Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten des Schengen-Systems einer der größten Erfolge der europäischen Integration ist. Sie unterstützt daher weiterhin alle Bestrebungen, nationalstaatliche Alleingänge bei der (temporären) Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Zukunft zu verhindern. Die Entscheidung über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen hat Auswirkungen, die über einen einzelnen Staat hinausgehen und sollte daher durch ein europäisches Verfahren abgesichert werden. Ausnahmen vom Grundsatz des freien Personenverkehrs sollten nur als „ultima ratio“ in Betracht kommen und restriktiven Bedingungen unterliegen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Bundesrat in diesem Sinne tätig zu werden und auf die Rücknahme der Beschlüsse der EU-Innenministerinnen und EU-Innenminister hinzuwirken.

Nr. 18/390

Industrielle Massentierhaltung und verantwortungsvolle Beschaffung in öffentlichen Kantinen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. April 2012
(Neufassung der Drucksache 18/384 vom 25. April 2012)
(Drucksache 18/385)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. Juni 2012

(Drucksache 18/472)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/391

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Seelischen Erkrankungen besser vorbeugen durch umfassende Gesundheitsförderung und Prävention

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Mai 2012
(Drucksache 18/404)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/441)

2. Quelltext für Überwachungssoftware
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Mai 2012
(Drucksache 18/408)

3. Open Data im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. Mai 2012
(Drucksache 18/413)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. Juni 2012
(Drucksache 18/473)

4. Auswirkungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Mai 2012
(Drucksache 18/416)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2012
(Drucksache 18/456)

5. Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Mai 2012
(Drucksache 18/419)
6. Menschen mit Behinderung vor Gewalt und sexuellem Missbrauch schützen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Mai 2012
(Drucksache 18/421)

7. Allgemeinverbindlichkeitserklärung gegen Lohndumping erleichtern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Mai 2012
(Drucksache 18/427)
8. Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tariflöhnen erleichtern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Juli 2012
(Drucksache 18/525)
9. Vergabe und Abwicklung von Bauleistungen vereinheitlichen und straffen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 30. Mai 2012
(Drucksache 18/433)
10. Aktiv über Beteiligungsmöglichkeiten informieren!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 10. Juli 2012
(Neufassung der Drucksache 18/454 vom 11. Juni 2012)
(Drucksache 18/520)
11. Anwohnergesundheit/Anwohnerinnengesundheit schützen, Wohnqualität steigern – konsequentes Nachtflugverbot für Bremen einführen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Juni 2012
(Drucksache 18/461)
12. Transport von Abfällen über Bremer Häfen effektiver kontrollieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/463)
13. Vermieterinnen und Vermieter an Maklerprovision beteiligen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/464)

D a z u

Änderungsantrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 27. Juni 2012
(Drucksache 18/479)
14. Zukunftssicherheit für die Krankenhäuser!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/465)
15. Keine Zustimmung Bremens zum Bundesmeldegesetz!
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 9. Juli 2012
(Drucksache 18/500)
16. Kein Adresshandel mit Meldedaten!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Juli 2012
(Drucksache 18/503)
17. Nachtragshaushalt Bildung jetzt!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/515)